



Protokoll 12. Treffen Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung - Volksabstimmungen

Donnerstag, 05. September 2013, 19:00 Uhr
Ratssaal der Gemeinde Naturns

anwesend:

Bürgermeister Andreas Heidegger
Vizebürgermeister Helmut Müller
Karl Zerzer
Greti Raffener
Gemeindesekretär Urban Rinner
Gemeinderat Franz Gritsch
Gemeinderat Dietmar Rainer
Gemeinderat Wolfgang Stocker

Waltraud Haller
Tumler Renè

abwesend: Christanell Hermann, Katharina Erlacher, Johanna Weithaler, Gertrud Fliri
Geom. Johann Martin Lun

Der Bürgermeister begrüßt die Mitglieder der Arbeitsgruppe zum 12. Treffen.

1. Tagesordnungspunkt: Zulässigkeit von Volksabstimmungen

Anhand von einigen Fallbeispielen wurde die Anwendung bzw. Durchführung von Volksabstimmungen besprochen.

Stellungnahmen der Mitglieder:

Waltraud Haller: Es ist völlig richtig, für alle Projekte, die mit öffentlichem Geld finanziert werden, die Möglichkeit der Volksabstimmung vorzusehen. Geht es aber um Betriebserweiterungen, die für die bestehenden Betriebe wichtig und notwendig sind und die mit betriebseigenen Mitteln finanziert werden, soll dies nicht gelten..

Die Wirtschaft (Helmut Müller – Haller Waltraud) ist deshalb für die Ausnahme bei Bauleitplanänderungen, wenn ein privater Betrieb den Antrag um eine Änderung für die Betriebserweiterung beantragt.

Franz Gritsch: Auch diese sollen der Möglichkeit einer Volksabstimmung unterworfen werden. Hinter solchen Ausweisungen stecken oft Spekulationen wie schon des öfteren vorgekommen ist.

Karl Zerzer: Die Abänderungen müssen vom Gemeinderat behandelt werden, der Antrag muss also in Verbindung mit einem öffentlichen Interesse sein. Bei einer Aussparung behängt der Beigeschmack, dass hier Schlupflöcher geschaffen werden.

Dietmar Rainer – „Normale“ Anträge gehen sowieso durch, „Extravagantes“ soll diskutiert werden.

Greti Raffener– Da hört man wieder Angst vor Volksabstimmungen heraus. Wieso soll diese bestehen, wenn transparent vorgegangen wird.

Helmuth Müller – Die Angst kann er verstehen, da oft auch nach Abschluss der vorgesehenen Prozedur gegen eine Verwaltungsmaßnahme vorgegangen wird. Für Neuerungen braucht es Vordenker. So auch unter der jungen Generation, die Neugründungen macht oder den Betrieb der Eltern übernimmt.

Franz Gritsch – Wenn alles rechtzeitig vorbereitet wird, gibt es kein Problem.

Helmut Müller – Man gibt den Bürgern die Möglichkeit, der Verwaltung auf die Finger zu schauen. In die Privatwirtschaft eingreifen zu lassen ist zu viel verlangt.

Rene Tumler glaubt auch, dass das Eingreifen in die Wirtschaft nicht gut ist, da die Verzögerung für die einzelnen Betriebe negativ sein könnte.

Greti Raffener: Sie werden zu jenem Teil der Regelung stehen, die einvernehmlich vereinbart wurde. In diesen Punkten werden sie klar sagen, dass sie für eine Regelung ohne Einschränkung sind.

Franz Gritsch – Nur eine vollständige direkte Demokratie ist für ihn die richtige Lösung.

Karl Zerzer – Das Volk ist souverän und deshalb soll es trotz repräsentativer Demokratie die letzte Entscheidung wieder zurückholen können. Ausklammerungen stehen deshalb im Widerspruch zu diesem Grundsatz.

Dietmar Rainer– Gerade bei absoluten Mehrheiten in Gemeinderäten ist die direkte Demokratie wichtig.

Der Bürgermeister fasst das Ergebnis der Diskussion zusammen:

Vertreter der Wirtschaft und des Bauernbundes unterbreiten den Vorschlag, dass Bauleitplanänderungen, welche zur Erweiterung bestehender Betriebe notwendig sind, nicht Gegenstand einer Volksabstimmung sein dürfen. Betriebe erweitern sich, um sich den Bedürfnissen und Gegebenheiten des Marktes anzupassen, weshalb man von Volksabstimmungen in diesen Fällen absehen müsste. Gerade in der heutigen Zeit seinen Einschränkungen für Unternehmen nicht die richtigen Botschaften.

Da man sich in der Arbeitsgruppe über diesen Punkt nicht einigen konnte, wurde der Vorschlag gemacht, dem Gemeinderat die Entscheidung zu überlassen.

2. Tagesordnungspunkt: Vorbereitung Bürgerversammlung

Termin: Montag, 25. November 2013

Bei der Bürgerversammlung soll das neue Konzept (überarbeitete Gemeindegesetz mit entsprechenden Durchführungsbestimmungen) der Bevölkerung vorgestellt werden. Die Unterlagen werden von Urban Rinner, Zerzer Karl und Katharina Erlacher vorbereitet. Letztere wird die Bürgerversammlung leiten und moderieren.

Schlussrunde in der Arbeitsgruppe:

Greti Raffener erhofft sich eine Weiterentwicklung

Karl Zerzer hofft auf Unterstützung seitens der Politik

Franz Gritsch ist unzufrieden, speziell mit der Hürde

Dietmar Rainer schließt sich den vorhergehenden Meinungen an

Rene Tumler glaubt, dass durch die kontroverse Diskussion ein gutes Dokument herausgekommen ist

Helmut Müller ist überzeugt, dass es Richtung direkter Demokratie gehen muss. Es kann sein, dass für den Teil, wo noch Abstriche gemacht wurden, ein Umdenken eintreten kann.

Waltraud Haller – Der Kompromiss ist gut, muss aus der Sicht der Wirtschaft sein – haben Kompromissbereitschaft bei IMU gezeigt.

Abschluss durch den Bürgermeister:

Nachdem es sich heute vorerst um die letzte Sitzung handelt, bedankt sich der Bürgermeister Andreas Heidegger bei allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die konstruktive Zusammenarbeit. Es waren insgesamt 12 Sitzungen notwendig, um dieses nun brauchbare und gut aufgearbeitete Konzept den Bürgern und dem Gemeinderat vorzulegen.

Ende des Treffens um 21:00 Uhr

Für das Protokoll

Urban Rinner
Sekretär